

Gerda Falkner

Digitale Demokratie oder Digitale Diktatur? Warum disziplinäre Perspektiven verknüpft werden sollten

1. Einleitung¹

Die sogenannte digitale Revolution betrifft alle wesentlichen Bausteine und Akteure demokratischen Regierens, vor allem: die Wirtschaft in heute schon fast allen Unterbereichen (Thema der Ökonomie), die Individuen (klassisch Gegenstand der Psychologie) und ihre Rolle als Wähler*innen; die öffentliche Verwaltung und die politischen Systeme (Spezialbereiche der Politikwissenschaft). Es sind also die Angelpunkte in einem System aus „checks and balances“ berührt – nicht zuletzt auch die Medien, welche sich als kontrollierende und den Diskurs mitgestaltende „vierte Macht im Staate“ seit dem Auftauchen der sogenannten „sozialen Medien“ online in einer gänzlichen veränderten Lage wiederfinden. Dementsprechend hat sich in der Medienwissenschaft wie auch in den zuvor genannten Disziplinen einschlägige Expertise herausgebildet und stetig vertieft. Genauer gesagt sind wir mit einem rasanten Wachstum an einschlägigen Publikationen konfrontiert, die in immer mehr Detailgenauigkeit mögliche Veränderungen diskutieren, dabei aber meist nur am Rande erwähnen, dass dies für die Demokratie wohl beträchtliche Implikationen birgt.

Mein grundlegendes Argument ist, dass (wie von der Technikfolgenabschätzung gefordert, aber in anderen Disziplinen wie etwa der Politikwissenschaft nicht unbedingt üblich) erst die Zusammenschau der Ergebnisse aus den Einzeldisziplinen ausreichend Licht auf relevante Veränderungspotentiale werfen kann. Demokratisches Regieren, wie wir es bislang kennen, wird grundlegend erschüttert werden von der Vielzahl an Neuerungen,

¹ Verschriftlichung des Keynote-Vortrags auf der internationalen Konferenz NTA9-TA21 des Netzwerks Technikfolgenabschätzung (NTA): „Digital, direkt, demokratisch? Technikfolgenabschätzung und die Zukunft der Demokratie“, 11. Mai 2021. Herzlichen Dank an die Organisator*innen und Teilnehmer*innen der Tagung, auch für ihre Diskussionsbeiträge, sowie an Michael Decker (Karlsruher Institut für Technologie), Michael Nentwich (Institut für Technikfolgenabschätzung, Österreichische Akademie der Wissenschaften) und Anke Obendiek (Centre for European Integration Research, Universität Wien) für schriftliche Kommentare.

die Vorbedingungen sowie Teilaspekte betreffen. Darüber hinaus steht aber auch zu erwarten, dass Interaktionen von spezifischen Einflüssen relevant sein werden. Im schlechtesten Fall könnte, wie hier diskutiert werden wird, ein „Abwärtstrend“ entstehen, wo Bürger*innen ohne im engeren Sinne freien Willen auf Basis eines politischen Diskurses ohne Qualitätsjournalismus und ohne demokratie- und grundwerteorientierte Moderation in Wahlen (sofern es solche dann noch gibt) abstimmen, die ihrerseits sowohl real als auch befürchteter oder behaupteter Maßen potentiell gehackt werden könnten und daher tendenziell weniger Vertrauen genießen.

Aber selbstverständlich stellt Wandel durch Technologie keinen Automatismus dar, sondern ergibt sich immer aus dem Zusammenwirken mit politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Faktoren. Daher wäre neben dem oben angesprochenen dystopischen Szenario auch ein utopisches denkbar: Dank Digitalisierung könnte Europa in den kommenden Jahren auch

- Pandemieeffekte und andere Gesundheitsgefahren dank üppiger Rechen- und Organisationskapazitäten sowie Künstlicher Intelligenz (KI) erfolgreich bekämpfen,
- großen Wohlstand und zugleich viel mehr Freizeit für die Individuen herstellen,
- dadurch laufende geistige Weiterbildung und intensive politische Diskurse, die Parteien, Medien und Wähler*innen verbinden, politische Rationalität sowie den Interessensaustausch fördern,
- extensive und intensive Beteiligung der interessierten Bürger*innen an politischen Entscheidungen in einem wohlüberlegten Mix aus direkter und repräsentativer Demokratie sicherstellen und
- die öffentlichen Verwaltungen online effizient und transparent gestalten sowie dabei auch noch Cybersicherheit gewährleisten.

Diese Optimierung der Demokratie wäre möglich. Sie scheint allerdings sehr voraussetzungsvoll und würde, wie im Rest des Beitrags argumentiert werden wird, einer intensiven politischen Steuerung bedürfen, der sogar ein politischer Paradigmenwechsel vorangehen müsste. Die Eigendynamik der bisher ablaufenden Prozesse scheint nämlich – in einem wahrscheinlich selbstverstärkenden Effekt – eher in demokratiepolitisch gefährliche Richtung zu gehen. In diesem Sinne versteht sich dieser kurze Diskussionsbeitrag nicht nur als Aufforderung zum disziplinenübergreifenden Nachdenken, sondern auch zum politischen Handeln.

Entsprechend dem im akademischen Bereich heute üblichen Publikationsdruck umfassen viele Einzeldisziplinen schon für sich betrachtet mehr Beiträge zum digitalen Wandel, als individuell in qualitativer Vorgangsweise

bearbeitbar wären. Für diesen Beitrag war daher eine starke Selektion der diskutierten Literatur erforderlich. Sie wurde dahingehend vorgenommen, dass die im Sinne demokratischen Regierens besonders heiklen Aspekte aufgegriffen und disziplinenübergreifend miteinander in Verbindung gesetzt werden, um unser Problembewusstsein zu schärfen und die Diskussion anzuregen.² Demokratie meint hier übrigens einen über das regelmäßige Abhalten von Wahlen hinausgehenden, voraussetzungsvollen Prozess der Willensbildungs- und Entscheidungsfindung „of the people, by the people, and for the people“ (Abraham Lincoln, vgl. Schmidt 2019, S. 1–5).

2. Wachsende Ungleichheit

Demokratie hat auch sozioökonomische Funktionsvoraussetzungen (siehe die bis auf Martin Lipset 1960 zurückreichende Diskussion, dargestellt in Schmidt 2019, Kapitel 24), die in der heutigen Form von Kapitalismus gefährdet werden. Vor allem steigt die Ungleichheit rapide an, nicht nur zwischen den Individuen und deren Einkommen, sondern auch zwischen den Unternehmen. Der bahnbrechend von Shoshana Zuboff (2018) analysierte „Überwachungskapitalismus“ resultierte aus dem technischen Prozess der Digitalisierung vor allem deshalb, weil das Internet eine Erfindung in kapitalistischem Kontext war und eine politisch weitgehend nicht gestaltete Verbreitung fand. Staatlichen Maßnahmen (z.B. auch zum Daten- und Urheberschutz oder zur Durchsetzung von Verboten, die auch offline gelten) stand lang die Idealvorstellung von einem „freien“ Internet mit möglichst unverbindlicher Selbstverwaltung durch die Teilnehmenden („multi-stakeholder governance“) entgegen. So konnte aber unter Nutzung selbstverstärkender „Netzwerkeffekte“ (große Akteure ziehen überproportional neue Kunden an) ein ganz neuer und heute schwer beherrschbarer Machtkomplex rund um Online-Mega-Plattformen entstehen (Google, Amazon, Facebook etc.).

Dies brachte eine neue Form und Phase des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervor, die den Industriekapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts ablöste. Individuelle menschliche Erfahrung wird jetzt als Rohstoff für kommerzielle Prozesse verwendet. In einem ersten Schritt werden dabei aus dem Online-Nutzungsverhalten und aus sogenannten „smartten“ Geräten oder Überwachungskameras vielfältige Daten gewonnen, zu Nutzerprofilen für die individualisierte Werbung zusammengeführt und in Auktionen an

2 Für die Diskussion der förderlichen Ansatzpunkte war hier kein Raum, siehe aber obige Liste als Wegweiser, in welche Richtung technische Potentiale fruchtbar gemacht werden können.

Meistbietende für Werbeplatzierungen verkauft. In der Folge basiert auf all diesen Daten, mit denen in den USA und teils weltweit auch intensiver Handel getrieben wird, die Möglichkeit der effektiven Nutzung und Weiterentwicklung von KI. Dies verleiht den heutigen Digitalgiganten kaum einholbare Startvorteile für die bevorstehende nächste Phase der ökonomischen Entwicklung, in der dem „Absaugen“ von Daten (bottom-up) dann noch weitaus verstärkte Beeinflussung der Nutzer*innen (top-down) folgen wird, wie Zuboff 2018 in ihrem Grundlagenwerk „Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus“ detailliert und überzeugend ausführte.

In Hinblick auf die Demokratie sind sowohl die extreme Ungleichheit als auch die Beeinflussung der Bürger*innen heikel, darin besteht politikwissenschaftlicher Konsens. Einerseits gibt ökonomische Übermacht stets auch besondere politische Einflusschancen. Allianzen zwischen Digitalkonzernen und Spaltenpolitiker*innen bzw. einzelnen Parteien beginnen sich schon abzuzeichnen, etwa in den USA. Andererseits baut die Demokratie auf Gleichheit und Freiheit der Wähler*innen auf. Dazu haben auch andere Disziplinen etwas zu sagen, wie in der Folge gezeigt werden wird.

3. Entmenschlichung?

Psychologische Studien stellten im letzten Jahrzehnt vielfach die Frage, ob die neuen Online-Medien tatsächlich im engeren Sinne „soziale“ Netzwerke geblieben sind oder ob sie nicht eher die Illusion von Nähe ohne Mühe geben, aber uns de facto Intimität, eingehende Konversation sowie tiefe Konzentration verlernen lassen (Turkle 2011, 2015). Dazu kommt, dass Technologie die Menschen auch süchtig machen kann – „instant gratification bias“ fördert das Streben nach schnellen „likes“ im „life in the hive“ (Zuboff 2019, Kapitel 16; Alter 2018). Weiters werden Abhängigkeiten gefördert, wenn etwa Fähigkeiten zu lange nicht genutzt und daher verlernt werden, wie wir es etwa im Fall von Kopfrechnen oder dem Interpretieren von Landkarten schon kennen (Gardner and Davis 2013). Dies kann durchaus auch demokratiepolitisch bedeutsam werden, wenn es um bestimmte intellektuelle, kommunikative oder soziale Fähigkeiten geht. Beispiele wären etwa Verlust der Fähigkeit zum Lesen von längeren und komplexen Texten; Ent-üben von konstruktiven Diskussionspraktiken oder von emotionaler Selbstregulation, bevor man Anderen möglicherweise antagonistisch begegnet – und sei es auch „nur“ schriftlich.

Inzwischen leben wir in einer „Aufmerksamkeitsökonomie“, wo kommerzielle Interessen die Menschen so lang wie möglich online halten wollen, um Produkte verkaufen und Daten sammeln zu können. Aber: Werden wir unter generalisierter, dauernder Beeinflussung eventuell auch zuneh-

mend konditioniert und programmierbar, langsam Robotern immer ähnlicher? Experimente haben gezeigt, dass Menschen nachweislich sehr formbar sind (zum Folgenden, mit entsprechenden Literaturhinweisen, siehe Frischmann and Selinger 2018). So wirkt das „Panoptikon“, Jeremy Bentham's Gefängnisbauarchitektur, wo von einer Stelle aus alle Insassen gesehen werden könnten, selbst dann, wenn konkret gerade gar nicht überwacht wird. Michel Foucaults Konzept der „Disziplinargesellschaft“ griff diese Situation auf und argumentierte in „Überwachen und Strafen“ 1975, dass Anpassung auch vorab erfolgt und dass Intransparenz von Überwachung deren Effekte verschärfen kann. Anzunehmen ist auf dieser Grundlage, dass es infolge zunehmenden Bewusstseins über die Überwachung(spotentiale) im Internet längerfristig umso weniger Freidenkertum und Eigeninitiative geben könnte. Die Wirkung der Überwachung wäre dann mehr als die aufsummierten Effekte der einzelnen Überwachungstools. Aber jedenfalls gilt nachgewiesenermaßen, dass personalisierte Werbung (Microtargeting), unbewusste Verhaltenssteuerung (Nudging) und de facto Zwang zum „click-to-consent“ Wirkungen zeigen und die Menschen steuern.

Dies dürfte sich künftig verstärken infolge

- einer Konvergenz von Big Data, KI und Nudging-Methoden,
- möglichen Rückkoppelungseffekten zwischen diesen,
- zunehmender Angst der Menschen u.a. vor Arbeitslosigkeit, Belästigung im Internet bei abweichenden Meinungen, Nachverfolgbarkeit von früheren Handlungen, die Datenspuren hinterlassen – Stichwort „cancel culture“, wo Menschen beispielsweise wegen alten Blogposts gravierende Nachteile erleiden, die vielleicht wenig reflektiert aber (mindestens) damals nicht strafbar waren.

Dazu gesellt sich das Phänomen der Informationsüberflutung, welches sehr heikle Effekte auf die menschliche Psyche hat (Andrejevic 2013). Konkret entsteht dadurch Druck in den Bereichen Denken, Fühlen und Wissen. Unter Stress verändert sich die Wahrnehmung und greifen Menschen eher auf eigene Erwartungen und Vorurteile zurück. Auch werden im Vergleich zu Gründen und Argumenten dann als solche postulierte „Fakten“ als tendenziell vertrauenswürdiger eingestuft, deren notwendige Interpretation geringgeschätzt und Expertise abgewertet, was wiederum neue Formen der Fremdbeeinflussung erleichtert (siehe unten 3. zu Desinformation im Internet).

Insgesamt steht also durchaus zu befürchten, dass die menschliche Autonomie einen langsam „Tod der 1000 Nudges“ sterben könnte (Baldwin 2014). Verhaltensbeeinflussungsinstrumente können letztlich die

Bedingungen der Möglichkeit untergraben, individuell und kollektiv selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. In den Worten von Shoshana Zuboff ist es jetzt erstmals machbar, dass ohne soziale Aushandlungsprozesse automatisierte Prozesse „exakt das Verhalten erzwingen, das ihren kommerziellen Zielsetzungen entspricht“ (Zuboff 2018, 256).

Es bedarf daher dringend einer breiten öffentlichen Debatte zu Big-Data-gestützten Beeinflussungsinstrumenten, wie auch das besonders in der Technikfolgenabschätzungs-Community bekannte ABIDA-Gutachten in Deutschland forderte (Grafenstein et al. 2018). Die Europäische Datenschutzbehörde empfahl in ihrer Stellungnahme zu den geplanten EU-Verordnungen über Digitale Dienste und Märkte sogar ein schrittweises Verbot von Microtargeting³, im Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission zu Regelungen für elektronische Dienstleistungen und Märkte aus 2020 ist dies allerdings nicht vorgesehen.

4. Verzerrung auf Online-Medienplattformen

Internet-Plattformen polarisieren: Sie machen Moderate praktisch unsichtbar und ermächtigen letztlich Extremist*innen, weil diese am aktivsten sind (Bail 2021). Überdies ist Hassrede eine große Gefahr im Netz, denn Anonymität enthemmt; gerade bei politischen Ansichten ist Aggression besonders häufig, wobei wiederum Frauen in der Politik überproportional beschimpft werden. „Fake News“ bezeichnet Inhalte, die entweder irreführend, hochstaplerisch, erfunden oder manipuliert sind bzw. eine Unrichtigkeit infolge von Beziehung oder Kontext bergen (Appel and Doser 2020, 12). Solche Informationen verbreiten sich tendenziell aber sogar besonders schnell und weit im Internet (Howard 2020, 22), weil sie starke Gefühle produzieren und diese die Menschen provozieren.

Schließlich sind aber für das heutige Internet auch richtige „Lügenmaschinen“ kennzeichnend (Howard 2020). Solche organisierten Desinformationsteams für Social Media fanden Forscher*innen erstmals 2007 in Russland. Schon 2016 wandten 25 Länder bekanntermaßen diese Strategie an und 2020 hatten über 70 Länder „Trollfabriken“ (Howard 2020, 18–9). Politische Lügen sind demnach ein relevanter Geschäftszweig geworden, für den Milliarden von Dollar ausgegeben werden. Einzelne Programmierer*innen und ihre Auftraggeber*innen verfügen jetzt über überproportional starkes Gewicht auf Online-Medien, und zwar vor allem auf Seiten der politischen Rechten. Wenn auch nicht jede*r gleichermaßen beeinflusst

³ https://edps.europa.eu/system/files/2021-02/21-02-10-opinion_on_digital_services_act_en.pdf, S. 16.

werden kann, so doch oft eine ausreichende Menge, um Wahlen oder Volksabstimmungen zu beeinflussen – und letztlich wird bei vielen Bürger*innen das Vertrauen in die Demokratie erschüttert (Howard 2020, 142). Denn klarerweise gehören zu den anspruchsvollen prozeduralen Grundbedingungen von Demokratie notwendigerweise auch die Rede-, Presse- und Religionsfreiheit sowie ein liberaler öffentlicher Meinungsbildungsprozess (Urbinati 2014, 20 unter Verweis unter anderem auch auf Hans Kelsen). Diesen stehen Lügenmaschinerien im Internet aber diametral entgegen.

Die raren „Good News“ aus der Medienforschung zum Online-Diskurs können da wenig trösten. Immerhin scheint das Phänomen der sozialen Homophilie, also des Aufsuchens, Eintreffens und Verstärkens von schon vertrauten Foren bzw. Ansichten – wofür Eli Pariser (2012) den Begriff der Echokammer prägte – etwas weniger gravierend als ursprünglich befürchtet, vor allem, weil dieses Phänomen bei genauer Betrachtung offline ebenso existiert. Die yielddiskutierte Radikalisierung im Netz ist seitens der Medienforschung schwierig nachzuverfolgen und bislang nur für kleine Gruppen erwiesen (Bail 2021). Solche können allerdings durchaus ausreichen für demokratiegefährdende Aktionen, wie etwa die Erstürmung des US-Kapitols am 6. Jänner 2021 nahelegt.

Aus medienökonomischer Sicht ist jedenfalls klar, dass mehrere demokratiepolitisch bedenkliche Prozesse gleichzeitig stattfinden. Durch die oben schon genannten Netzwerkeffekte werden einige Internet-Plattformen wie Google, Facebook etc. immer größer und ziehen nicht nur mehr Kund*innen, sondern auch viele Funktionen früherer professioneller Medien an sich. Sie werden damit auch zu (de facto) Verlags- und Mediengiganten – wenngleich sie nicht denselben Regeln unterliegen, u.a. in Bezug auf Haftung für Inhalte. Die Digitalkonzerne haben Unternehmensziele, deren Erreichung teils im Widerspruch zur Reduzierung von postfaktischen Inhalten stehen. Für sie sind vor allem viele Interaktionen und maximale Verweildauer online wichtig (Appel 2020, 2), da sind – wie schon oben erwähnt – starke Emotionen und krasse Aussagen eher hilfreich.

Den professionellen Medien entgeht demgegenüber ein zunehmend großer Teil des Geschäfts mit Informationen und politischer Kommunikation. Sie erleiden starke finanzielle Einbußen und müssen sich mit den Digitalgiganten arrangieren, wobei sie in einer schlechten Verhandlungsposition stehen. Dies zeigt etwa die praktische Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie, wo es um Vergütung für auf Internet-Plattformen reproduzierte „Snippets“ und andere dort zuvor meist gänzlich ohne Remuneration verwendete Inhalte geht. Infolge dieses harten Verdrängungswettbewerbs am Medienmarkt gibt es in ländlichen Bereichen etwa der USA schon ausgedehnte „Medienwüsten“, also weiße Flecken auf der Landkarte ohne

Regionalpresse. Dies bedeutet nicht nur ein Schwinden von Medienvielfalt im Allgemeinen, sondern de facto auch ein Vakuum an Kontrolle von regionalen Machtverhältnissen im Besonderen. Die Problematik reicht also weit über die Medienökonomie hinaus und direkt in die Sphäre der Politik hinein, wo ohnehin laufende Veränderungsprozesse zu Ungunsten der Demokratiequalität verstärkt und/oder beschleunigt werden.

5. Gefährdung der essentiellen intermediären Institutionen

Durch die eben angesprochenen Veränderungsprozesse in der digitalen Ökonomie werden professionelle Medien in ihren Existenz- und Funktionsbedingungen als sogenannte vierte Macht im Staaate über kurz oder lang fundamental in Frage gestellt. Dies ist demokratiepolitisch von extremer Bedeutung, denn Nachrichtenorganisationen fehlen zunehmend als Gate-keeper für einen qualitativ hochwertigen politischen Diskurs. Nicht-Journalist*innen arbeiten ohne Kontrollmechanismen wie etwa Gegenrecherche oder kritische Reflexionen in Redaktionskonferenzen, und Private sind nicht an berufsständische journalistische Normen gebunden, die ein Gegengewicht zu den eigenen Erwartungen und deren Verstärkung in Echokammern darstellen.

Angesichts der inzwischen so zentralen Position von online-Plattformen im politischen Diskurs erscheint weiters problematisch, dass Privatunternehmen die politische Legitimität fehlt um etwa Grundrechte wie die Redefreiheit zu steuern – was sie de facto allerdings heute längst tun (Vaidyanathan 2018). Auf großen Internetplattformen braucht es bekanntlich ein Mindestmaß an Moderation. Unzulässige oder demokratiepolitisch heikle Inhalte sollten gelöscht oder mindestens markiert werden. Privatunternehmen haben im Zweifelsfall ein Interesse an schneller Löschung von schwierigen Inhalten ohne genaue Prüfung und können daher übersehen, was strategisch versierte Extremist*innen posten, aber löschen, was Unbedarfe eventuell parodistisch meinen (Suzor 2019, 57). Fraglos könnte diese neue Form der Machtausübung auf quasi-monopolistischen Plattformen aber sogar im Fall von Regierungen heikel sein, falls diese nicht auf breiter demokratischer Legitimation und Kontrolle beruhen sowie dabei höchst umsichtig und Grundrechte-bewusst verfahren (man denke an Autokratien).

Insgesamt ist offensichtlich, dass Medien als intermediäre Institutionen in der heutigen Demokratie zunehmend in Frage stehen und es innovativer neuer Umgangsformen bedarf, wobei sich problemadäquate Lösungen bislang maximal als unscharfe Kontouren in der beginnenden kontroversiellen Grundsatzdiskussion abzeichnen (siehe etwa die Debatten um Entwürfe zur EU-Digitaldienstleistungs-Verordnung).

Die Herausforderungen im Bereich der Verbindung zwischen Einzelnen und den jeweiligen politischen Systemen sind damit aber noch keineswegs insgesamt umrissen (dazu ganz grundlegend Jan-Werner Müller 2021). Ein zweiter, essentieller Pfeiler wurde hier nämlich noch gar nicht genannt: der Bedeutungsverlust der politischen Parteien. Ihre Fähigkeit zur Bündelung und Bearbeitung von politischen Konfliktlinien schwindet angesichts einer Reihe von Entwicklungen in Zeiten der Dominanz des Internets auch auf Ebene der Politik:

- Erfolgreiche Online-Präsenz verlangt Anpassungen im Stil, da digitale Medien und vor allem die großen Plattformen Verkürzung und Dramatisierung fördern, weil im Sinne des sogenannten Theater-Effekts (wenn viele aufstehen, sehen die wenigen Sitzenden nichts mehr und müssen daher auch aufstehen) ihnen sonst die Aufmerksamkeit versagt bleibt.
- Die Versuchung, immer genauer auf einzelne Zielgruppen zugeschnittene Inhalte zu vermitteln oder gar Methoden des Microtargeting anzuwenden, ist groß. Nicht zufällig erhalten sogenannte Spin-Doktor*innen in der Gestaltung der Wahlkämpfe immer größeren Stellenwert. Den Einzelnen, die solche Wahlwerbung erhalten, fehlt aber zunehmend die Möglichkeit, die Ernsthaftigkeit der vertretenen Positionen zu überprüfen oder auch nur festzustellen, ob und welche anderen Wähler*innen überhaupt dieselben Informationen erhalten. Ein übergreifender, allgemeiner politischer Diskurs wird also erschwert. Dazu kommt noch die zunehmende Zersplitterung der Medienlandschaft in diverse Online-Foren, sodass es nicht länger einen relativ konsistenten Diskurs gibt, der wie früher von einigen Leitmedien getragen wird, etwa öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsendern mit ihren zentralen Nachrichtensendungen oder auch einzelnen Zeitungen, die von signifikanten Teilen der Bevölkerung gelesen wurden und die sich vor allem auch gegenseitig verlässlich rezipierten. Anstelle von Rede, Berichten und Kommentaren dazu sowie schließlich Gegenrede oder Zustimmung resultiert heute aus der Zersplitterung der Medien einerseits und der Botschaften andererseits tendenziell eine Kakophonie an sich oft widersprechenden Einzelbotschaften. Wie oben schon angeprochen, sind die Empfänger*innen der inkohärenten Informationsflut dann häufig überfordert und reagieren mit hochselektiver und/oder sonst problematischer Informationsverarbeitung.

Insgesamt darf also keineswegs davon ausgegangen werden, dass in naher Zukunft noch jene Art von qualitätsvollem politischem Dialog stattfinden wird, der seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der Tradition von John Stuart Mill (1859) gefordert wurde, um über die politischen Lager hinweg mit-

einander zu kommunizieren und damit die Basis für demokratische Bürgerschaft und deren Erhalt zu bilden (siehe auch Boutiline/Willer 2017, 551).

Auch angesichts dessen ist es nicht ganz überraschend, dass die Regierenden oft in Versuchung geraten, statt Bürger*innenbeteiligung und echten Wahlakten nur mehr das sogenannte „demos scraping“ zu betreiben – also unter primärer Ausrichtung an Meinungsumfragen und deren Beeinflussung zu agieren, wobei automatisiert Datenspuren im Internet für politische Zwecke ausgenutzt werden (Ulbricht 2020). Allein: wie Nida-Rümelin in seiner Keynote zu dieser Konferenz erwähnt und in seinem einschlägigen Buch ausgeführt hat, führt dies notwendigerweise ins Chaos (Nida-Rümelin 2020, 92).

6. Ungleiche Bedingungen für politische Lager sowie Akteure

Als wäre dies nicht schon per se heikel genug, gilt es auch noch zu bedenken, dass diese neuen Gegebenheiten für verschiedene Akteure und Lager keineswegs Gleiches bedeuten. Gefährlich scheint, dass dabei vergleichsweise weniger ethische Bedenken zu haben bzw. diese hintanzustellen den politischen Erfolg zu fördern scheint, und zwar mindestens auf drei Ebenen:

Unter den *Inhalten* könnten die aufgeregteren und unter den Medien die „eingängigeren“ beziehungsweise manipulativeren besonders effektiv sein, wenn es um maximale quantitative Rezeption geht. Die oben angesprochenen Gegebenheiten auf Ebene der Psychologie und der Mediendynamik im Internet bewirken, dass jene profitieren werden, die sich schriller und aggressiver verhalten. Solange das Medium es honoriert, dass auf den breit wahrgenommenen Kanälen verschiedenste Botschaften je nach Zielgruppe gestreut werden, wobei rationale Argumente und diskursive Fairness nicht unbedingt im Vordergrund stehen, werden Politiker*innen wie Donald Trump in den USA oder Nigel Farage in der Brexit-Kampagne als erfolgreiche Rollenmodelle wahrgenommen und imitiert werden.

Auch auf Seiten der *Sender* von Inhalten gibt es große Ungleichheiten in Zeiten der Dominanz der Internetplattformen, da – wie schon besprochen – Massensendungen erkauft und „fake accounts“ bzw. ganze Trollfabriken eingerichtet werden können.

Und sogar auf Seiten der *Empfänger* gibt es heutzutage noch mehr und qualitativ neue Unterschiede, haben doch Skandale wie jener um Cambridge Analytica gezeigt, dass Internetgiganten wie Facebook durchaus nicht immer davor zurückschrecken, direkt oder indirekt Einfluss zu nehmen oder nehmen zu lassen. Je nach Psycho-Profil der Person werden dabei sowohl Stimmungen als auch Handlungen, bis hin zur (Nicht-) Teilnahme

an einer Wahl oder Volksabstimmung, initiiert oder verstärkt (siehe, unter anderen, Jamieson 2018).

Von einer Gleichheit im demokratischen Diskurs der Bürger*innen oder einer freien Meinungsbildung und später -äußerung kann also nur noch eingeschränkt die Rede sein, wenn man die heute ablaufenden Dynamiken auf Grundlage der vielfältigen digitalen Entwicklungen betrachtet. In all dem haben die herausragenden Online-Plattformen große Machtpotentiale. Diese reichen allerdings auch noch weit über die hier angesprochene Ebene des politischen Diskurses hinaus.

7. Anbruch einer neuen Herrschaftsform?

Der Einflussbereich der Internet-Giganten berührt heute auch die meisten staatlichen Aufgaben, die traditionell in den demokratischen Gemeinwesen von gewählten Repräsentant*innen gestaltet und von der staatlichen Verwaltung ausgeführt wurden. Dazu gehören u.a. polizeiliche Funktionen, bei denen die Staaten inzwischen zunehmend von den Digitalkonzernen abhängig sind, beispielsweise für die Effizienz der Exekutive (KI-Dienstleistungen wie Big Data Auswertungen, etwa für Gesichtserkennung im öffentlichen Raum). Relevant ist auch, dass die Funktion des „policing the internet“ – soweit überhaupt – weitgehend durch die dort dominanten Akteure selbst erfolgt.

Die Einhebung von Steuern zur Finanzierung der Staatstätigkeit ist eine weitere Problemzone: Einerseits sind die Internetplattformen heute oft finanziertiger als ganze Staaten und ziehen zunehmend mehr Mittel aus anderen Wirtschaftsbranchen ab, andererseits entziehen sie den Staaten Besteuerung(smöglichkeit) über die Nutzung von steuerminimierenden Modellen, deren Abschaffung sie als globale Akteure auch effizient entgegenwirken können. Die zunehmende Rolle von Krypto-Währungen schlägt in eine ähnliche Bresche und stellt die Souveränität von Staaten möglicherweise langfristig mit in Frage.

Schließlich ist festzustellen, dass die Funktionsfähigkeit der staatlichen Verwaltungen heute ganz maßgeblich von der Stabilität von EDV-Systemen abhängt und dadurch spezialisierte Unternehmen überproportionalen Einfluss erlangen könnten, etwa auch als unentbehrliche Unfallhelfer im Fall von gravierenden Cyberangriffen. Es liegt nahe, dass Staaten, Politiker*innen und Bürger*innen durch Softwarekonzerne ebenso wie Cyberkriminelle erpressbar werden, wenn die gesamte Infrastruktur von funktionierenden Netzen und Software abhängt, diese aber von immer weniger Akteuren gestaltet, verstanden und repariert werden können.

Neben der Sicherheit im Inneren ist schließlich auch für die Pflege internationaler Beziehungen und die Wirtschaftsaussenpolitik festzustellen, dass die großen Online-Plattformen sich inzwischen als Ko-Akteure versuchen (Al-Ani 2020). So betreiben sie etwa vielfach eine Art Firmen-Aussenpolitik und schließen Abkommen mit Staaten oder klagen gar letztere im Fall von als zu weitgehend empfundenen Regulierungsversuchen unter Nutzung von Foren wie der WTO an.

Nicht von ungefähr benennen namhafte Autor*innen die Internet-Giganten als Träger einer sich am Horizont abzeichnenden neuen Herrschaftsform. Benjamin Bratton fokussiert dabei auf eine sich ergebende neue Gesamtform von Geopolitik, die im digitalen Heuhaufen („stack“) die Ebenen global, Cloud, Stadt, IP-Adresse, Interface und User*in verbindet und die bisherigen historischen Organisationsformen wie Nationalstaaten, Märkte, Großreiche oder Stadtstaaten ablöst (Bratton 2016). Eine Reihe von Autor*innen spricht von einem Übergang des Kapitalismus in eine neue Form des (Daten- oder Neo-) Kolonialismus. Allerdings scheinen diese Autor*innen doch im Kern auch auf Änderungen im kapitalistischen Funktionieren unserer Ökonomien abzustellen, weshalb meines Erachtens Shoshana Zuboffs Analyse nicht nur die systematischste, sondern auch die insgesamt überzeugendste bleibt. Zuboff spricht dabei vom neuen Herrschaftssystem des „Instrumentarismus“, der nicht weniger furchterregend, aber grundlegend unterschiedlich vom Totalitarismus der Vergangenheit wäre (Zuboff 2018, 441). Sein Zweck ist letztlich die möglichst umfassende Automatisierung. Dadurch könnten jene, die im Besitz der Daten und der Verhaltensmodifikationsmittel sind, als „Big Other“ nicht nur enorme Gewinne abschöpfen, sondern auch die Kontrolle über die Wissensteilung in der Gesellschaft monopolisieren – und damit die von ihnen abhängigen Einzelnen nicht nur per Verhaltensmodifikation steuern, sondern (hier extrapoliere ich) in letzter Konsequenz sich selbst ab einem gewissen Punkt eventuell wohl auch unabsetzbar machen.

Wo stehen wir gegenwärtig? Die lesenswerte Monumentalschrift Zuboffs macht deutlich, dass die in Entstehung befindliche neue Herrschaftsform längst Fuß gefasst hat und auf heute vorherrschenden und höchst wirkmächtigen ökonomischen Grundprinzipien beruht. Da die Machtausübung diesmal nicht gewalttätig im engeren Sinne ist, sondern eher „einlullend“ (mein Ausdruck), wird die Wahrnehmung des Hinübergleitens in das neue System erschwert. „Mikro-Nudging“ bemerken weder die Betroffenen noch deren Umfeld, daher kann letzteres auch nicht helfen oder sich gemeinsam organisieren. Damit beginnt die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung des gesamten Phänomens erst langsam – und eventuell zu spät.

8. Die Demokratie in der Negativspirale?

Technologie kann, je nachdem wie sie in Ökonomie und Gesellschaft eingebettet wird, unterschiedlich wirken. Digitale Technologien sind dabei, unsere Welt ganz grundlegend zu verändern. Dies eröffnet einzigartige Potentiale an Machbarkeit – allein es müssten die Rahmenbedingungen stimmen, um diese menschen-, umwelt- und demokratieverträglich zu machen.

Ursprünglich standen die Potentiale der vernetzten Computer, Menschen zu verbinden und auch politische Kommunikation in fast unermesslichem Ausmaß zu erleichtern und zu vermehren, im Vordergrund. Viele schwärmt von den Möglichkeiten einer „liquid democracy“, wo das Potential des Internets für innovative Bürger*innenbeteiligung genutzt und alles viel demokratischer würde. Allerdings lag in der Praxis dann das Gestaltungspotential für die Welt online doch vorrangig bei wenigen, zunehmend übermächtigen Akteuren. Shoshana Zuboff verfolgte im Detail nach, wie Google unter Druck der Finanzinvestoren ein neues Geschäftsmodell erfand, und wie dieses inzwischen unsere Wirtschaft entscheidend prägt und unsere persönlichen Lebenswelten usurpiert (Zuboff 2018, Kapitel 3–6). So prägten einerseits dominante ökonomische Interessen das Internet und wurden andererseits die Menschen oftmals von den neuen Möglichkeiten dazu verführt, ihre Daten halbwissentlich gegen bequeme Services zu tauschen, ohne die Gesamtwirkung dessen auf die demokratische Lebensform wie auch auf ihre individuelle Psyche zu bedenken.

Inzwischen ist die Digitalisierung diesen überwachungskapitalistischen Weg schon ein so großes Stück vorangeschritten, dass es politisch zunehmend schwierig erscheint, das Steuer herumzuwerfen und in eine deutlich andere Richtung zu gehen. Die hier beschriebenen Bausteine demokratischen Zusammenlebens greifen ineinander wie Zahnräder: Ökonomie, (Massen-)Psychologie, Medien und Parteien als intermediäre Institutionen.⁴ Die Veränderungen zum Schaden des guten Funktionierens demokratischer Prozesse in jedem einzelnen dieser Subsysteme beeinflussen das Ganze. Wenn zum jetzigen Zeitpunkt aber offensichtlich wird, dass jedes dieser essentiellen Subsysteme ganz gravierend in seiner Funktionalität im Sinne der Demokratie in Frage gestellt ist, dann kann auch nicht erwartet werden, dass andere Subsysteme dabei helfen werden, insgesamt auszubalancieren.

Vielmehr ist abzusehen, dass jeder der hier analysierten Prozesse sich mittelfristig deutlich negativ auf die anderen auswirken wird: Verunsicher-

4 Man könnte noch einige andere Elemente benennen, wie es etwa Jamie Bartlett in seinem hervorragenden populärwissenschaftlichen Buch „The People vs Tech“ macht (Bartlett 2018).

te, aggressiver gemachte Individuen, die sich online wie im Bienenkorb gegenseitig beeinflussen und einzelne Abweichler*innen zunehmend an den Rand drängen (also kritische Querdenkende keineswegs willkommen heißen), werden wiederum die marktschreierischsten Medien bevorzugen, die ihrerseits ein Interesse daran haben, die Spirale der Verunsicherung und Aggressivitätssteigerung weiter anzuheizen. Die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft wird beim Großteil der Menschheit wohl zudem auch den wirtschaftlichen Druck auf die Einzelnen weiter erhöhen, damit die Abwehrmöglichkeiten eher verringern und die psychologischen Vorbedingungen sowie zeitlichen Potentiale für das Leben von Demokratie noch stärker einschränken.

Wie hier nur knapp zusammengefasst werden konnte, zeigen sich auf vielen Ebenen Entwicklungen, die per se wenig demokratieverträglich scheinen und die sich zudem potentiell auch noch gegenseitig verstärken und/oder beschleunigen könnten.

Es gilt also, einen möglichen Negativtrend zu stoppen, in dem

- Bürger*innen ohne im engeren Sinne freien Willen
- auf Basis fragwürdiger Informationen oder gar unwissentlich fremdgesteuert
- Voten in Wahlen abgeben, die zudem noch durch „Hacker“ gefährdet bzw. durch die Vermutung oder Unterstellung von online-Manipulationen zunehmend delegitimiert werden könnten.

Selbstredend können und sollen wir diesen Prozessen entgegentreten. Die einleitend skizzierte, prinzipiell denkbare ideale digitale Demokratie für das Jahr 2030 ist nicht ausgeschlossen. Allerdings: Es würde einer sehr grundsätzlich anderen Politik bedürfen, welche u.a.

- Daten zu einem (nicht leichtfertig abtretbaren) Grundrecht von Einzelnen oder betroffenen Gruppen macht und sie proaktiv sowie ernsthaft schützt,
- die jetzt zugunsten der Digitalkonzerne ungleiche Wissensteilung in der Gesellschaft rückgängig macht und
- Demokratie als Methode und Grundprinzip unseres Zusammenlebens wieder stärker ins Zentrum politischen Handelns stellt sowie Prozesse vorausschauend hinterfragt und potentiell unterbindet, welche diese infrage stellen könnten.

Dies würde allerdings einem veränderten politischen Paradigma gleichkommen, wo nicht nur die bestehenden Politikinstrumente ergänzt oder in ihrer Feineinstellung angepasst würden, sondern wo eine neue handlungsleitende

Grundidee verwirklicht werden müsste – im Sinne eines paradigmatischen Wandels (Peter Hall, 1993). Demgegenüber stellen bestehende Politikansätze, etwa die EU-Datenschutzverordnung mit ihrer mangelhaften Umsetzung in der mitgliedstaatlichen Praxis oder die Vorschläge der EU-Kommission zur Regulierung digitaler Dienstleistungen aus 2020, wichtige erste Schritte dar, sie greifen aber noch deutlich zu kurz.

Literatur

- Al-Ani, A. (2020): Vaterlandslose Gesellen. In: Journal für Internationale Politik und Gesellschaft; <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/techunternehmen-und-der-globale-reset-4772/> (access 12.11.2021)
- Alter, A. (2018): Irresistible. The Rise of Addictive Technology and the Business of Keeping Us Hooked. New York
- Andrejevic, M. (2013): Infoglut – How Too Much Information Is Changing the Way We Think and Know. New York
- Appel, M. (2020): Die Psychologie des Postfaktischen – Einleitung und Überblick. In: Appel, M. (Hg.): Die Psychologie des Postfaktischen. Über Fake News, „Lügenpresse“, Clickbait und Co. Berlin/Heidelberg, S. 1–8
- Appel, M.; Doser, N. (2020): Fake News. In: Appel, M. (Hg.): Die Psychologie des Postfaktischen: Über Fake News, „Lügenpresse“, Clickbait & Co. Berlin/Heidelberg, S. 9–20
- Bail, C. (2021): Breaking the Social Media Prism. How to Make Our Platforms Less Polarizing. Princeton
- Baldwin, R. (2014): From Regulation to Behaviour Change: Giving Nudge the Third Degree. In: The Modern Law Review 77 (6), S. 831–857; DOI: 10.1111/1468-2230.12094
- Bartlett, J. (2018): The People Vs Tech – How the Internet is killing Democracy (and how we can save it). New York, NY
- Boutyline, A.; Willer, R. (2017): The Social Structure of Political Echo Chambers: Variation in Ideological Homophily in Online Networks. Political Psychology 38 (3), S. 551–569
- Bratton, B.H. (2016): The Stack: On Software and Sovereignty. Cambridge, MA
- Frischmann, B.; Selinger, E. (2018): Re-engineering Humanity. Cambridge
- Gardner, H.; Davis, K. (2013): The App Generation. How today's youth navigate identity, intimacy and imagination in a digital world. New Haven/London
- Grafenstein, M. von; Hözel, J.; Irgmaier, F.; Pohle, J. (2018): Nudging – Regulierung durch Big Data und Verhaltenswissenschaften. Assessing Big Data (abida); https://www.abida.de/sites/default/files/ABIDA-Gutachten_Nudging.pdf
- Hall, P.A. (1993): Policy Paradigms, Social Learning, and the State: The Case of Economic Policymaking in Britain. Comparative Politics 25 (3), S. 275–296
- Howard, P.N. (2020): Lie Machines – How to Save Democracy from Troll Armies, Deceitful Robots, Junk News Operations, and Political Operatives. New Haven
- Jamieson, K.H. (2018): Cyberwar. How Russian Hackers and Trolls Helped Elect a President. New York

- Lipset, S.M. (1960): Political Man. London
- Mill, J.S. (1860): On Libert. London (2. Auflage)
- Müller, J.-W. (2021): Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit – Wie schafft man Demokratie? Berlin
- Nida-Rümelin, J. (2020): Die gefährdete Rationalität der Demokratie – Ein politischer Traktat. Hamburg
- Pariser, E. (2012): The Filter Bubble: What The Internet Is Hiding From You. London
- Schmidt, M.G. (2019): Demokratietheorien. Wiesbaden
- Suzor, N. (2019): Lawless. Cambridge
- Turkle, S. (2011): Alone Together – Why We Expect More from Technology and Less from Each Other. New York
- Turkle, S. (2015): Reclaiming Conversation. The Power of Talk in a Digital Age. New York
- Ulbricht, L. (2020): Scraping the demos. Digitalization, web scraping and the democratic project. Democratization 27 (3), S. 426–442; DOI: 10.1080/13510347.2020.1714595
- Urbinati, N. (2014): Democracy Disfigured. Opinion, Truth, and the People. Cambridge, MA
- Vaidhyanathan, S. (2018): Anti-Social media: How Facebook disconnects us and undermines democracy. Oxford
- Zuboff, S. (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt am Main